

Antrag 207/I/2025**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****erledigt durch 208/I/2025 (Konsens)****Querschnittsthema statt Schnittpunkt - Queere Projekte langfristig haushaltärtsch absichern!**

1 Wir fordern, dass queere soziale Projekte und Einrichtung-
2 gen dauerhaft haushaltärtsch abgesichert werden. Eine
3 Streichung lebensrettender queerer Infrastruktur, beson-
4 ders im Jugendbereich, darf es mit der SPD nicht geben!

5
6 Wir fordern die konsequente Umsetzung der Fachstan-
7 dards des Jugendföderungsgesetzes!

8
9 Wir fordern die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abge-
10 ordnetenhaus und die sozialdemokratischen Mitglieder
11 des Senats auf, alle haushaltsrechtlichen Instrumente, z.B.
12 qualifizierte Sperrvermerke oder Auflagenbeschlüsse, die
13 für die Haushaltstitel und zur Sicherung der queeren Ju-
14 gendhilfe zum Schutz der Angebote notwendig und mög-
15 lich sind, konsequent anzuwenden.

16
17 Wir fordern die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeord-
18 netenhaus und die sozialdemokratischen Mitglieder des
19 Senats ferner dazu auf, im Rahmen der Haushaltsver-
20 handlungen für den Doppelhaushalt 26/27 und zu den
21 Pauschalen Minderausgaben 2025 sicherzustellen, dass
22 keine Kürzungen der queeren Projekte im Land Berlin er-
23 folgen.

24
25 **Begründung**

26 In den Haushaltsberatungen der vergangenen Jahre hat
27 die CDU wiederholt versucht, die queeren Projekte und
28 Einrichtungen aus dem Haushalt zu streichen und nicht
29 länger zu finanzieren, teilweise erfolgreich. Der Entzug
30 der Senatsmittel bedeutet für viele Projekte das Aus und
31 damit den Wegfall von in vielen Fällen deutschlandweit
32 einzigartiger Infrastruktur, Expertise und lebensrettender
33 Angebote und Beratung. Gerade im Bereich der queeren
34 Jugendhilfe sind die Projekte elementar und dürfen nicht
35 blinder Sparpolitik zum Opfer fallen. Queere Sozialarbeit
36 ist kein "nice to have", sie unterstützt und schützt queere
37 Menschen und beugt damit jahrelangen psychischen Kon-
38 sequenzen von Diskriminierung, Ausgrenzung und man-
39 gelnder Aufklärung vor. Damit rettet sie auch Leben. Sie
40 ist elementar wichtig für das queere Leben in der Stadt
41 und darf keine Verhandlungsmasse in Haushaltsverhand-
42 lungen sein. Das gilt insbesondere für queere Jugendar-
43 beit. Hier hat der ehemalige rot-grün-rote Senat bereits
44 das Jugendföderungsgesetz verabschiedet, das Jugendarbeit
45 in Berlin schützt. Im Gesetz sind pro Bezirk quantitative
46 und qualitative Mindeststandards festgelegt, die die Ju-
47 gendarbeit erfüllen muss. Diese müssen auch für queere
48 Jugendarbeit umgesetzt werden.

